

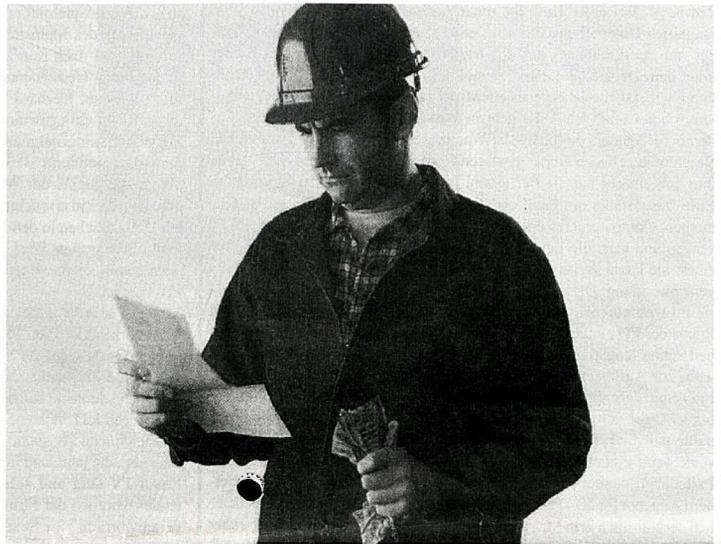
- ORF-Reform
- GPA
- Wohin geht Österreich?
- Deutschland

Arbeitnehmer sollen leer ausgehen

Nein

zum

Lohnraub!



Sozialistische Linkspartei / SLP
 Österreichische Sektion des CWI/KRAI
 Mährerstraße 14/11; A-1070 Wien
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
 E-Mail: slp@pms.orf

Ganz egal, ob sich die Wirtschaft in einer Krise befindet („Heuer geht's nicht, wegen der Krise“) oder ob es einen Aufschwung gibt („Heuer geht's nicht, das würde den Aufschwung abwürgen“), der Lieblingssatz der Unternehmer „Heuer ist kein Spielraum für Lohnerhöhungen“ paßt immer.

von Sonja Grusch

Würde nur von Unternehmerseite so argumentiert werden, wäre das zwar lästig, aber logisch. Doch auch immer mehr führende Vertreter der Gewerkschaft folgen diesen Sprüchen. Bei den Verhandlungen 1994 fielen die Abschlüsse bis jetzt äußerst mager aus. Vor allem wenn man bedenkt, daß jene von 1993 keine oder nur eine sehr geringe Erhöhung der Reallöhne bedeuteten. Den letzten Berechnungen zufolge wird die Inflation 1994 rund 3% betragen. Das bedeutet, daß z.B. die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (Lohnabschluß 1993 +2,55%) eine Reallohnverringerung hinnehmen mußten. Generell gab es 1993 nach einer Studie der AK bei den Reallöhnen aufgrund der höheren Sozialversicherungsbeiträge und der Steuerprogression eine Stagnation - also auch keine Erhöhung.

Die Berechnungen für 1995 (+2,5% Inflation) sind nicht sehr glaubhaft (auch jene für 1994 mußten stark

nach oben verändert werden. „Vergessen“ haben die Berechner wohl, daß im Dezember die Mieten aller Mietverträge, die älter als 9 Monate sind (und das sind die meisten) um 10 % angehoben werden. „Vergessen“ haben sie wohl auch, daß im Zuge des EU-Beitritts die Mehrwertsteuer für Wohnen erhöht werden muß. Weiters scheinen sie „vergessen“ zu haben, daß in der Vergangenheit Preisreduzierungen NICHT an die Konsumenten weitergegeben wurden und hoffen noch immer auf Preisreduzierungen im Zuge des EU-Beitritts. Da diese Inflationsberechnungen aber für die Lohnverhandlungen als Basis dienen, drohen Einbußen im Lebensstandard. Frei nach dem Motto „Inflation frißt Lohnerhöhung“.

Gespert wird bei den Kleinen

Den ersten Einschnitt mußten die 1,7 Millionen ASVG Pensionisten hinnehmen (+ 2,8%). Auswirkung hat das auch auf die BezieherInnen von Karenzgeld. Hier tritt ein Sparbeschluß von 1993 in Kraft. Die Er-

höhung von +0,3% beträgt maximal stolze 90 Groschen pro Tag.

Im EU-Vergleich nimmt Österreich Extrempositionen ein. Während Österreich bei der Inflationsrate an der Spitze liegt (+3,2% von August 1993 auf August 1994 - EU-Durchschnitt: 3,1%), finden wir uns bei den Lohnerhöhungen am anderen Ende wieder. Im August 1994 lagen die Löhne um 0,3% unter denen vom August 1993 - EU-Durchschnitt: +3,2% (Zahlen aus der WirtschaftsWoche Nr.40/1994).

Umverteilung von unten nach oben

Diese Umverteilung von unten nach oben ist aber nichts Neues. Die bereinigte Netto-Lohnquote (Steuern sind berücksichtigt, bereinigt gegenüber den Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur) ist von 1970 mit 57,1% auf 1992 51,7% gefallen. Natürlich sind in dieser Periode auch die Reallöhne gestiegen - aber die Gewinne eben noch viel stärker. Diese Tatsache sollten die Gewerkschaftsführer bedenken, bevor sie das nächste Mal einer „maßvollen“ Lohnrunde zustimmen. Denn maßvoll waren sie die letzten 20 Jahre.

Stolz wird verkündet, daß das Ziel eines Mindestlohnes von öS 10.000 nun fast erreicht sei. „Nur“ 110.000 lagen 1993 noch darunter. Aber: das Ziel von öS 10.000,- stammt aus dem Jahr 1990. Heute, wenn man die

inzwischen stattgefundene Inflation berücksichtigt, liegt dieser Betrag bei ca. öS 12.000,-. Die durchschnittliche Arbeiterin liegt z.B. mit ihrem Einkommen darunter.

Kampf ist nötig

Aber hier gibt es ein Problem. Die Spitzen von AK und Gewerkschaften haben aufgrund ihrer Einkommen schon lange nichts mehr mit jenen zu tun, die sie vertreten sollen. Das hat der Skandal um die AK-Spitzenbezüge gezeigt. Kein Wunder, daß bei einer derartigen Ämteran-

häufung und Überbezahlung das Vertrauen in Gewerkschaft und AK rasch schwindet.

Anstatt für Lohnerhöhungen zu kämpfen, freut sich die Gewerkschaftsführung, daß es seit Jahrzehnten keinen Streik für Löhne mehr gab. Anstatt unseren Teil unserer Arbeit zu fordern, beschränkt sich die Gewerkschaftsführung auf „maßvolle Lohnrunden“. Und das obwohl es längst Zeit für eine andere Gewerkschaftspolitik, eine andere Gewerkschaftsführung und für den Kampf um höhere Löhne, ist.

Was wir wollen:

- ★ **öS 12.000,- netto Mindestlohn für alle Arbeitnehmer!**
- ★ **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- ★ **Automatische Mindestanpassung der Löhne an die Inflationsrate!**
- ★ **Eine Lohnrunde, die eine echte Verbesserung des Lebensstandards bringt!**

Der Standpunkt:

Forza Haider

Fast könnte man meinen, es handle sich um einen Treppenzug der Geschichte. Haider kommt mit „seiner Bürgerbewegung“ just mit dem Schmalts, mit denen die meisten Linien seit Jahren und Jahrzehnten haustreten gehen. „Weg mit bürokratischen Apparaten, direkte Demokratie...“ Ganz so weit hergeholt ist das alles auch nicht. Haider spricht etwas aus, was sich heutzutage kaum ein Linker traut. Eine (zum mindesten scheinbar) grundsätzliche Opposition zum bestehenden politischen System. Er trifft damit für hundertaussende Arbeitnehmer und Jugendliche den Nagel auf den Kopf. Bei einer Umfrage unter Jugendlichen, wem sie vertrauen, rangierten Unternehmer, Minister und Parteien, also die honorarigen „Träger unserer Ordnung“, auf den letzten drei Plätzen. Doch was Haider unter dem Deckmantel einer „demokratischen Bürgerbewegung“ installieren will, ist alles andere als ein Mittel zur Durchsetzung eines „demokratischen Österreichs“. Es geht in Wirklichkeit darum, jegliches Hindernis für Haiders populistische Wendungen (und die stellen Vorstände, Beschlüsse... bis zu einem gewissen Grad dar) zu beseitigen. Der, der es ihm vorgemacht hat, ist Berlusconi in Italien. Eine kleine, auserwählte Elite, ausgestattet mit Geld und Apparat, schwebt via Medien, Ausstellungen, Computernetzwerk... über den Köpfen der Menschen, gibt Weisungen und karte die Leute zu Großveranstaltungen. Verhöhnlich ist nur eines: die letzte Weisung des Führers; Diskussionen - überflüssige Zeitverschwendung. Dieser Schritt stellt insofern keine neue Qualität dar, da sie im wesentlichen schon längst der politischen und organisatorischen Praxis der FPÖ entspricht. Alles was abweicht, wird in der Vergangenheit schon längst aus der Partei hinausgesäubert, irgendwelche Gegenwehr zur Auflösung der gesamten Parteistruktur via ORF gab es nicht. FPÖ-Spitzenfunktionäre kommentierten das Projekt. „Wo mich Haider drauf, geht ich hin.“ Haider's Schachzug ist aber auch ein Ausdruck dafür, daß die FPÖ nach wie vor in erster Linie eine Parteipraxis ist, mit stark wechselnder Wählerbasis. Von tatsächlichen Parteistrukturen und Parteiführung konnte man ohnehin nur in wenigen Bereichen reden. Seinem Angebot für 50. Partner der Bewegung zu werden, wird wahrscheinlich deshalb auch kein Massenanzugel beschließen. Die FPÖ wird weiter eine Wählerpartei bleiben, die ihre ausländerfeindliche und rechtspopulistische Hetze noch flexibler verbreiten wird. Entscheidend wird sein, welche Antwort wir auf diesen neuen Vorstoß geben. Es ist sichergestellt, daß falsche Weg, jetzt umso mehr an bestehenden Einrichtungen, die überdies durchaus kritisiert wurden, festzuklamern. Wir müssen in die Offensive gehen, gegen Sozialpartnerschaft, Parteibürokratie in der SPÖ, Unternehmer und Minister, die uns angreifen, und zeigen was hinter Haider's Phrasen steckt: Die Abschaffung demokratischer Rechte, die Schwächung von Arbeitnehmerorganisationen und Schritte Richtung Polizeistaat. In seiner Partei hat er ja schon gezeigt, wie er sich „sein demokratisches Österreich“ vorstellt.



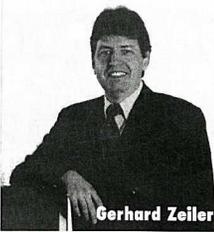
Von John Evers

ORF: Der Hammer

Am 17.10.1994 wurde der RTL 2 Gründer Gerhard Zeiler zum neuen Generalintendanten des ORF gewählt. Bei seiner Wahl kündigte er an, daß im ORF kein Stein auf dem anderen bleiben werde. Und so steht es auch aus.

von Nicole Hoffmann, AKÖ-Wien-Stid

„Wenn man mehr hat als man braucht“ weichen. Auch das Mittagsjournal auf Ö3 muß gehen.



Gerhard Zeiler

Der ORF, der als öffentlich rechtlicher Rundfunk, bei aller Kritik an seiner generellen Linie, bis jetzt doch so etwas wie Spielraum für Sendungen abseits des Mainstreams gelassen hat, soll nach rein „marktwirtschaftlichen“ Gesichtspunkten reformiert werden. Gerhard Zeiler will den ORF in ein „gewinnbringendes Wirtschaftsunternehmen“ umwandeln. Bezeichnend ist sein Satz: „Wenn das Signet der Werbung auf dem Bildschirm erscheint, bekomme ich Dollarzeichen in den Augen.“ Er lege auch großen Wert auf Reichweite, weil „sie das einzige Maß des Erfolges ist.“

Im Klartext bedeutet das flacher Kommerzialisiertheit. Minderheiten bleiben sowieso auf der Strecke. Das zukünftige Programm soll sich voll nach den deutschen Privatsendern SAT 1 und RTL richten.

Bezeichnend ist auch, daß Katrin Zechner, die jahrelang im deutschen Privat-TV tätig und zuletzt als leitendes Mitglied der Firma Endemol verantwortlich für Sendungen wie „Traumhochzeit“, „100.000.-Mark-Show“ etc. war von Zeiler zum neuen Programmintendanten des ORF bestellt worden ist.

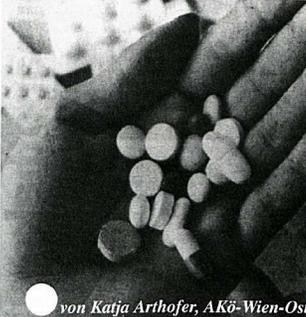
Kritische und aufrege gewöhnliche Jugendsendungen in Radio und Fernsehen (Zickzack, Music-Box, X-Large, Nightline, Montevideo) müssen nachrichtlichen, Talk-Shows und netter Fernsehunterhaltung mit Fernseh-Guru Joki Kirschner

ze insgesamt Zeilers Sparplänen zum Opfer fallen werden, steht zur Zeit noch nicht fest, aber es werden jedenfalls eine ganze Menge sein.

Die Demokratie

Lauf Gesetz darf der Generalintendant keinen direkten Einfluß auf die Programmgestaltung nehmen. Den konnte sich Gerhard Zeiler durch die Bestellung Katrin Zechners zu „seiner“ Programmintendantin sichern. Mit ihrer Hilfe will er nächstes Jahr das Rundfunkgesetz ändern. Dabei werden seine nächsten Opfer wahrscheinlich der Bildungsauftrag und die Minderheitenprogramme sein. Denn wo blinken da die Dollarzeichen in seinen Augen? Die Diskussion wird jedenfalls nicht gerade offen geführt. So erklärte Zeiler: „Ich werde nur mit den Verantwortlichen sprechen; die sind derselben Meinung wie ich, und das wird dann umgesetzt. Punkt.“ Und weiter: „Ich werde versuchen, alle zu überzeugen, wer jedoch nicht mitgehen will, wird nicht dabei sein...“

Die „Auslagerung bedeutet, daß es noch weniger feste Mitarbeiter geben wird, statt dessen werden die Redakteure und Techniker für jeden Auftrag von der Leihfirma angeheuert werden. Sollte es gerade keinen Auftrag geben, würde man sie wieder entlassen. Innerhalb des ORF haben sie dadurch natürlich keine Rechte. Zur Zeit müssen viele Redakteure ihre Zukunft der Zeitung entnehmen, da mit ihnen darüber nicht gesprochen wird. Wieviel Arbeitsplätze



von Katja Arthofer, AKÖ-Wien-Ost

Die eine Seite: Der 52-jährige Dr. Anton Rolleder wurde erwischt, wie er Rohypnol verkauft hat. Er ist Internist mit Ordination, Ministerialrat im Gesundheitsministerium und Mitglied des Obersten Sanitätsrates. Also, alles in allem das, was man eine honorare Persönlichkeit nennt; eine Stütze unseren „ehrenwerten“ Gesellschaft. Er soll insgesamt 100.000 Tabletten in Umlauf gebracht haben. Und was passiert: Nichts!

Rohypnol skandal

Die andere Seite: Ein Jugendlicher kommt in Kontakt mit Drogen. Einmal erwischt, wird er sofort kriminalisiert und somit ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Auf die steigende Anzahl von Drogentoten und Süchtige wird durch den Versuch, die Drogenmenge zu zerschlagen, reagiert. Man vertreibt durch das Wegwehren der Süchtigen von einem Ort, mit der „großartigen“ Konsequenz, daß sich die Szene wandern hin verlagert. „Hauptsache nicht in meinem Bezirk!“ denkt sich sicher so mancher Bezirksvorsteher. Und für Parteien wie die FPÖ dienen Drogenabhängige nur als Spielball, der ihrer Politik helfen soll: „Weg mit ihnen (wohin???) und viel, viel Polizei!“ Nur seltsam, daß die FPÖ im Fall Rolleder müßig geblieben ist, wo sie doch sonst bei jedem noch so kleinen Drogendelikt am lautenst schreit. Anstatt Programme ins Leben zu rufen, die gefährdete Jugendliche auffangen, schiebt man die Probleme ihm über! Zu allem Überdruß ist die Drogengesetzgebung so, daß man Leute wie Rolleder nicht wegen illegalen Drogenverkaufs belangen kann. Und diese Tendenz in unserem Gesetz beschränkt nicht nur, was Rohypnol betrifft. Die großen Fische kommen fast immer ungeschoren davon, den Letzten (den Drogenabhängigen) beißen die Hunde!

Wasser wird teurer!

Zu der ohnehin zu hohen Inflationsrate kommt ab 01.01.95 noch ein neuer Schock auf die Wiener zu. Die Wassergebühren soll von S 16,80 auf S 18,-/Kubikmeter steigen, das sind plus 7%. Der Kubikmeter Abwasser wird künftig statt bisher S 13,20 S 18,20 kosten. Das ist ein Plus von 38%.

von Sybille Uhdala, SJ Wien 3

Um neue Investitionen zu tätigen, müssen mehr als 20 Milliarden Schilling aufgetrieben werden. Doch der noch - Wiener Umweltdozent Häupl möchte diese Erhöhung als „grünen Wasserzart“i“ verstehen lassen. Seiner Meinung nach würde die Brieftasche als pädagogisches Instrument regulieren und er meint wohl, daß die privaten Haushalte durch diese Erhöhung angefaßt werden, mit dem wertvollen Gut Wasser sorgsam und sparsamer umzugehen.

Explosions: Eigentümer, Herausgeber und d.h.v. - Stern. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie. P.O. 7, ORF Wien. Druck: Druckerei Brückle, 1010 Wien, Wopplinger 23. Anzeigen- und Verlagsamt Wien.

GPA muß in die Offensive!

VORWÄRTS interviewte den Betriebsrat Peter Weidner:

Du bist Mitglied und Schriftführer eines Angestelltenbetriebsrates und wirst Delegierter zum 13. Gewerkschaftstag der GPA, der Anfang November stattfindet. Wie geht's jetzt weiter?

P.W.: Wenn die GPA ihre beschlossenen Anträge ernst nimmt und versucht, diese umzusetzen, kommt's zum erhofften Vorwärtsschub. Hans Sallmutter, der neue Vorsitzende, hat zwei Wochen vor dem Gewerkschaftstag seine Partei, die SPÖ, kritisiert, indem er ihr vorwarf, keine „Arbeiter- und angestelltenfreundliche Politik“ zu machen.

Wird Sallmutter die GPA von ihrer bisherigen Politik gegenüber der SPÖ-Führung ausführen?

P.W.: Sallmutter hat die „Mutter“-Partei schon vor Jahren gemacht, die Wertigkeiten nicht zu vergessen. Ich erinnere mich da an ein Standard-Interview. Respekt vor unseren Rechten und Interessen erlangen wir nur, wenn wir uns wideren, wenn wir auf eigene Kraft setzen. Zur Minder- oder Drittpartei werden wir, meiner Meinung nach, vor allem deshalb, weil wir unsere Klasse (behalten) entpolitisiert und sie nicht mehr einbezogen. Vor zehn Jahren wollten wir, ich glaube Zigttausende, mit Dallingner am 8. Dezember nach Salzburg „einkaufen“ fahren. Die Sozialpartner und die Regierung waren aber dagegen.

Große Handelsketten, wie Kastner & Öhler, wollen aus dem Handels-KV fliehen. Will die GPA das zulassen?

P.W.: Wenn sich diese Linie im Unternehmertum durchsetzt, stehen wir vor einer grundsätzlichen Bewährungsprobe. Dann geht es nämlich nicht nur um den KV. Dann geht es um die Grundstrategie, ob sich die Unternehmensstrategie durchsetzt, ohne „fesselndes Arbeitsrecht“ über die Beschäftigten verlegen zu können, auf Kosten ihrer Gesundheit, ihrer Arbeitsplätze und ihrer beruflichen Chancen. Dann ist es notwendig, daß wir uns jetzt bereits auf einen heftigen Kollektivvertragskonflikt vorbereiten. Die Gewerkschaften würden einen der wichtigsten Zwecke ihrer Gründung und ihrer Existenz preisgeben, wenn sie den kollektiven Schutz in bindenden KV-Verträgen aufgeben würden. Sallmutter sollte wissen, daß es an der Zeit ist. Klartext zu reden, auch der Straße, und wenn nötig, im Betrieb.

Gewerkschafter, die zum Beispiel in der Türkei verfolgt werden, haben kaum Chancen, in Österreich Asyl zu bekommen, weil sie oft ein Drüdländ reisenden müssen und nicht die asytmotivierenden Dokumente

P.W.: Wenn sich diese Linie im Unternehmertum durchsetzt, stehen wir vor einer grundsätzlichen Be-

haben. Wird sich die GPA für eine Änderung des Aufenthalts- und Asylgesetzes einsetzen?

P.W.: Wenn sie ihre Anträge umsetzt, dann schon. Vor 56 Jahren haben Menschen dieses Landes nur da durch ihr Leben retten können, weil andere sie aufnehmen. Wenn es eine Verpflichtung aus der eigenen Gewerkschaftsgeschichte gibt, so ist es jene, für die Unantastbarkeit des Asylrechts zu kämpfen.

Schritt für Schritt bereitet die Post von einer Ausweitung der Post- und Paketlieferung. Werden sich die Privatangehörigen mit den Postern solidarisieren?

P.W.: Die gewinnbringenden, elektronischen Dienste sollen privaten Konzernen zugesprochen werden. Die vertriebslichen Sparten sollen in öffentlicher Hand bleiben. Vor allem Brief- und Paketlieferung, Beschäftigte und private Kunden hätten das Nachsehen. Wir haben allen Anlaß, die Postgewerkschaft zu unterstützen. Es geht um die Interessen aller. Nach dem Krieg war man sich quer durch die Parteien einig, daß wirtschaftlich beherrschende Unternehmen in Gemeineigentum gehören - zum Schutz der Demokratie.



Die GPA wird kämpfen müssen

GPA Unsere Meinung

Viele GPA-Betriebsräte wollen JETZT „Klartext geben“, wenn nötig auch im Betrieb. Zum Glück, denn zu Privatweil bei den Großkaufhäusern... Betriebsratienkonferenzen abgehalten werden, um Entscheidungheit gegen KV-Flucht der Chefs zu zeigen. Außerdem sollen die Angestellten in Betriebsversammlungen aufkommenden Konflikte vorbereiten werden. Mit dem 8.12.84, wo die Salzburger-Geschäftsleute trotz Freizeit die Geschäfte offen hielten, hat es begonnen. „Zigttausende“, erinnert sich Kollege Sallmutter, wollten damals kämpfen, aber die GPA-Führung blieb alle Proteste kurzfristig ab. Ohne Druck „von unten“ würde die Gewerk-

VORWÄRTS Gewerkschaftstreffen



Um viele Gewerkschaftsäden auch in die Praxis umzusetzen, treffen sich seit kurzem Betriebsräte und Personalvertreter zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch.

Beim nächsten Treffen wird das Thema Privatisierung mit einigen betroffenen Kollegen (ÖMV, VOEST) näher behandelt.

Nächstes Treffen: Mi, 30. 11. 1994, 19:00 im Cafe G'schamster Diener, 1060 Wien, Stumperg, 26

Kurz & Bündig

Steuerparadies Österreich Monaco, Lichtenstein, vergessen Sie's. Das neue Steuerparadies für Reiche ist Österreich. „Österreich“ um ihr Geld zu retten. Der Multimilliardäre Flick hat vorgemacht wie er durch die Umsiedlung spart er: 245 Millionen Schilling im Jahr.

Der Unternehmer trägt das Risiko? Das wird zumindest behauptet. Aber das größte Risiko haben wohl immer noch die Arbeitnehmer, die ihren Job verlieren. Heuer werden geschätzte 18.000 Arbeitsplätze allein im Firmenschlupfen verloren gehen. Und die Schuld für diese Insolvenzen ist erwiesenermaßen in der Mehrheit der Fälle beim Management zu suchen.

Für rund 12.000 Arbeitnehmer, deren Jobs im Zuge des EU-Beitritts in der Nahrungs- und Genussmittelbranche gefährdet sind, wollen die Unternehmer allerdings nichts tun. Es soll eine Arbeitsstiftung für diese Arbeitnehmer geschaffen werden - aber die Unternehmer wollen ihren Anteil von einem Drittel nicht bezahlen.

Sparen, sparen, sparen Im Registrierbüchlein kommen haben sich SPÖ und ÖVP auf Einsparungen von 250 Milliarden Schilling in den nächsten vier Jahren geeinigt. Das ist pro Österreicher ein minus von 8.000,- pro Jahr an staatlichen Leistungen. Sollen sie doch die, von Flick gesparten Milliarden nehmen. (Siehe oben)

Zilk packelt mit Unternehmern Zilks Vorstoß, die Innenstädte-Geschäfte in der Fremdenverkehrsaison am Samstagen bis 18 Uhr offenzulassen, entspricht einer alten Forderung der Unternehmer für die „Flexibilisierung der Öffnungszeiten“. Zilk fällt damit der Gewerkschaft, die seit Jahren gegen die Verschlechterungen für die Beschäftigten im Handel kämpft, in den Rücken.

Angriff gegen Arbeitslose Der Anteil der Langzeitarbeitslosen und der älteren Arbeitslosen steigt erwiesenermaßen. Und das liegt nicht daran, daß diese nicht arbeiten wollen, sondern das sie keinen Job kriegen. Macht nichts, die Industriellenvereinigung möchte noch eins draufgeben. Wer längere Zeit ohne Job ist, soll weniger Geld kriegen. Dadurch wird der Arbeitslose erpressbarer. Arbeiten zu einem viel zu niedrigem Lohn anzunehmen. Aber die Industriellenvereinigung hat einen weitem Grund für ihren Vorstoß. Angst vor einer Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge - und die müssen zu 50% vom Unternehmer gezahlt werden.

Wohin geht Österreich?

Das Jahr 1994 mit der EU-Volksabstimmung, den AK- und Nationalratswahlresultaten stellt einen Wendepunkt in der Geschichte der 2. Republik dar. All die Dinge, die Österreich kennzeichnen, wie die Verstaatlichte, Neutralität, „sozialer Frieden“, Sozialpartnerschaft und Proporz und eine starke Sozialdemokratie, sind im Wanken begriffen.

von David Mum
AKÖ-Wien-West

Jetzt will Vranitzky nach der EU auch in die NATO-Partnerschaft für den Frieden“, LIF und FPÖ, sowie Teile der VP gegen den „Kammernstaat“ den Kampf an, stellen die „Sozialpartnerschaft“ in Frage, und auch die Tage (Jahre) der „großen Koalition“ sind gezählt. Keine Frage, die Zeiten politischer und wirtschaftlicher Stabilität sind vorbei. Was bedeutet diese neue Situation für die österreichischen Arbeitnehmer?

Offensive der Bürgerlichen

Das Wahlergebnis zeigte die Ablehnung weiter Teile der Arbeiterklasse und Jugendlichen die Unzufriedenheit mit der Politik der großen Koalition und der SPÖ-Führung im besonderen. Seine Ausdruck fand die Ebene der „abgegebenen Stimmen“ durch diese Ablehnung durch einen deutlichen Rechtsruck. VP und FP haben die absolute Mandatsmehr-

heit und mit dem LIF konnte sich eine Unternehmerpartei „entwerfen, die hinter ein paar fortschrittlichen, liberalen Forderungen (bzgl. Kirche, Homosexuellenrechte, ...) ihr arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliches Gesicht versteckt. We...“ ist vorbesteht, ist eine verstärkte Gangart der Bürgerlichen. Es sollen die letzten Kernbereiche der Verstaatlichten und Positionen der Gewerkschaft attackiert werden (z.B. Post, ÖBB). 1995 soll die Privatisierung massiv vorangetrieben werden. Weitere Teile der Vöest, der ÖMV, sowie die ATW und Banken stehen auf dem Verkaufsplatz.

Die SPÖ in der Regierung sorgt hier für Ruhe und verhindert Proteste. Das hat für die Unternehmer den Vorteil, daß der „soziale Frieden“ erhalten bleibt, und den Nachteil, daß sie ihre Ziele nicht in voller Radikalität durchsetzen können. Fest steht aber, wenn der EU-Befritt werden, die Verstaatlichte zerschlagen, die Gewerkschaft weiter geschwächt ist, die SPÖ für die Unternehmer kaum noch einen Sinn mehr in der

Regierung hat.
FPÖ

Die FPÖ ist sicherlich die Partei, die vom steigenden Protestpotential am meisten profitiert. Das Ziel der FPÖ ist ein „nichtsozialistisches“ Österreich.

Damit meint Haider ein von SP- und Gewerkschaftsfeindlich „befreites“ Österreich, den Abbau der sozialen Sicherheit und der Verstaatlichten. Seine Aufdeckung des AK-Skandals sollte natürlich nicht die Privilegien beseitigen (die hätte er woanders auch suchen können), sondern die AK selbst. Trotzdem gewinnt 30% der Arbeiter die FPÖ. Haider will den Arbeitnehmern mit sozialer Demagogie die Unmöglichkeit ihrer Interessenvertretungen, wie AK und ÖGB einreden. Die Bonzen liefern ihm dafür mit ihren Privilegien gegen Vorwände und sind dafür auch verantwortlich. Momentan läuft die

Zeit für ihn, vor allem solange es keine Mobilisierung von links gibt. Eine FP-VP Machtübernahme 1996 oder 1998 scheint im Moment eine realistische Perspektive. Angesprochen von Berlusconi, der mit seiner Wahlbewegung nach 3 Monaten Ministerpräsident wurde, zieht Haider nun seine „Bürgerbewegung“ auf und findet zunehmend die eigene Partei umtzt. Durch die ÖVP gehen tiefe Risse, die mit jeder Niederlage größer werden. Die teilweise unterschied-



Mit der SPÖ in die EU?

lichen Interessen ihrer Bünde (und damit ihrer sozialen Schichten) sind einfach nicht mehr unter einen Hut zu bringen. Der Druck Richtung Bürgerblock steigt jedenfalls in der ÖVP. Der Sturz Buseks, oder gar eine Parteispaltung könnte den Weg für die Kleinkoalitionäre frei machen.

Gewerkschaft

Der ÖGB wurde in den letzten Jahren massiv geschwächt. Die Mitgliederverluste sind die viertschwersten in der OECD (Org. für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa). Nur noch 40% der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert und die Gewerkschaftsführerschaft versucht das dadurch zu kompensieren, daß jetzt Pensionisten mitgezählt werden. Der Anteil der Jugendlichen im ÖGB beträgt gerade 4,3%. Warum? Es ist für die meisten kein Sinn darin zu erkennen, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Werbe-sprüche wie: „Mehr Gehalt. Je mehr wir sind desto mehr wird es.“, wie zuletzt von der GPA anlässlich der Kollektivverhandlungen, haben keinerlei Bezug zur Realität. Den Arbeitnehmern ist es nämlich relativ egal, ob sie eine Organisation mit 350.000 oder 500.000 Mitgliedern vor sich haben, wenn es keinerlei Vorteile gibt, die Kraft und Mobilisierung dieser Mitglieder einbringen. Während die Unternehmer in die Offensive gehen (Nichtzahlung des ersten Krankenstandtages, etc.),

Sozialstaat Österreich?

Die Politik der großen Koalition machte die Reichen reicher und die Armen ärmer. Sogar der Bürgerliche

SPÖ: Wie weiter?

Der erste Schock über die Wahlniederlage in der SPÖ-Basis ist vorbei. Wochelang war das „Ende der traditionellen Arbeiterpartei“ SPÖ Thema der Medien. Ist die SPÖ ein Auslaufmodell? Und wer trägt die Verantwortung für den Niedergang der Sozialdemokratie? Welche Möglichkeiten gibt es für Marxisten, jetzt in der SPÖ zu arbeiten?

von John Evers,
AKÖ Günsersdorf

So gut wie niemand wählt die SPÖ aufgrund ihres Programmes oder besonders ihrer Inhalte, die sie vertritt. „Wofür steht die Sozialdemokratie?“ (im Gegensatz zu anderen Parteien), diese Frage können wahrscheinlich nicht einmal Spitzenfunktionäre klar beantworten. In praktisch allen zentralen Bereichen -Verstaatlichte, Ausländer, Steuern, ...- hat die SPÖ-Führung eine lapidar hürgerliche Position bezogen: einen Anspruch auf die Schaffung einer alternativen (sozialistischen) Gesellschaftsordnung - wie er unter Kreisky zumindest noch bei hohen Feiertagen erhoben wurde - gibt es nicht. Der Rechtsruck der sich bei den letzten Wahlen in den Stimmengewinnen der FPÖ ausdrückte, wurde in den 80'ern von der SPÖ-Führung in der eigenen Partei vollzogen.

Verlorene Heimat SPÖ?

Unter Vranitzky hat die Sozialdemokratie über 100.000 Mitglieder verloren. Gerade die roten Hochburgen hatten in den letzten zehn Jahren die schwersten Einbrüche: Jahr-

lageschickensicherung... -Öffnung der Partei für die neuen Mittelschichten“ war das große Schlagwort. Die neuen Mitglieder, die aus den neuen Mittelschichten“ gewonnen wurden, kann man wahrscheinlich ebenso wie die, die durch aktive Themen-sektionen gewonnen wurden, an einer Hand abzählen. In Wirklichkeit war „die Öffnung“ nur die organisatorische Anpassung an die politische Linie. Für die Politik der Parteiführung kann man eben keinen ehrenamtlichen Parteiparappat begeistern und mobilisieren. Im Gegenteil, für Vranitzky & Co ist „die Partei“ in ihrer klassischen Form meist eher ein Hemmschuh. Aber auch die sogenannten Traditionellsten befinden sich auf verlorenem Posten. Sie gehen zwar Lippenbekenntnisse wie: „wir müssen die Interessen der Arbeiter verteidigen“ von sich, stehen aber gleichzeitig für ein System aus Bürokratie, Privilegien und undemokratischen Entscheidungsstrukturen, das von vielen Arbeitnehmern zu recht abgelehnt, ja gehasst wird.

Linker Flügel?

Einen „Rechtsruck“ der Parteiführung hat es in der Geschichte schon mehrmals gegeben. Entscheidende „Neuerungen“ ist, daß fast jeder Ansatz für einen linken Flügel innerhalb der SPÖ sowohl inhaltlich als auch organisatorisch zusammengebrochen ist. Die persönliche Karriere einzelner „Genossen“ veranschaulicht diese Entwicklung deutlich. Der Chef des linken Zeitungsprojektes „tribüne“ (mit dem nach dem Vorbild der britischen „tribüne“ in der Labour Party) Manfred Matzka

ist inzwischen Löschnack oberster Ausländerabschieber. Michael Häupl, Initiator der „roten Plattform“ Anfang der 80'er, meint als Wiener Bürgermeister mit der ÖVP in Wirtschaftsfragen bestens harmonieren zu können. Die Genossen und Genossinnen, die von den Medien in irgend einer Art und Weise als Repräsentanten einer Linken links vom offiziellen Kurs gesehen werden, sind total isoliert, oft abgehoben von der Arbeiterbewegung und sie vertreten seltsame Konzepte. Was



Mit neuen Gesichtern eine neue Partei?

maßnahmen“, den Einfluß derjenigen Teile in der Partei, die am direktesten unter möglichem Basisdruck stehen (ÖGB und AK-Spitze), zurückzuführen. Möglichst ungestört sollen mit der ÖVP Privatisierungen (wie bei der Post), Sanierungen der ÖBB... durchgezogen werden. Hier wird es in der Zukunft auch am ehesten Bruchlinien und Ansatzpunkte für eine linke Opposition geben: anhand konkreter Fragen und Kämpfe in den Betrieben, wo sich die Parteiführung frontal gegen ihre gewerkschaftliche Basis stellt. Aufgabe von Linken in der SPÖ ist es, gemeinsam mit anderen hier aktiv zu sein, anstatt in leeren und faden Parteigruppen zu hocken.

Perspektiven

Nach wie vor ist die SPÖ DIE traditionelle Partei der österreichischen Arbeitnehmer - Niederlagen, die sie bei Wahlen erleidet, verschoben das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Arbeiterklasse und der Linken (wie die Nationalratswahlen bewiesen). Da die Mitglieder und vor allem die Wähler der SPÖ im wesentlichen Arbeitnehmer sind, werden zu erwartende soziale und gewerkschaftliche (politische) Auswirkungen auf die SPÖ haben. Die Parteiführung versucht, versteckt hinter „Antikorruptions-

Widerstand regt sich!

Im Rahmen des Nationalratswahlkampfes gründeten einig Wiener SJ-Bezirke (2,3,6,9,20) eine Plattform „Für einen sozialistischen Kurswechsel“. Die Plattform hat das Ziel, linke Kräfte in der Sozialistischen Jugend und in der SPÖ gegen die rechte Politik der Parteiführung zusammenzuführen und Veranstaltungen und Aktionen zu planen. Im Wahlkampf deutlich. Der Chef des linken Zeitungsprojektes „tribüne“ (mit dem nach dem Vorbild der britischen „tribüne“ in der Labour Party) Manfred Matzka

ist inzwischen Löschnack oberster Ausländerabschieber. Michael Häupl, Initiator der „roten Plattform“ Anfang der 80'er, meint als Wiener Bürgermeister mit der ÖVP in Wirtschaftsfragen bestens harmonieren zu können. Die Genossen und Genossinnen, die von den Medien in irgend einer Art und Weise als Repräsentanten einer Linken links vom offiziellen Kurs gesehen werden, sind total isoliert, oft abgehoben von der Arbeiterbewegung und sie vertreten seltsame Konzepte. Was

Wir wollen einen radikalen Kurswechsel durchsetzen, der sicher nicht durch das Austauschen von einigen Funktionären passieren wird. Die SPÖ kann nur Stimmen zurückgewinnen, wenn sie eine Politik im Interesse von Arbeitnehmern und Jugendlichen macht und das ist sicher nicht mit dieser Parteiführung und in einer Koalition mit der ÖVP möglich. In einem offenen Brief wollen wir an die aktive Parteibasis herantreten und die Plattform als linke Opposition weiter ausbauen.

von Claudia Sorger, SJ Wien 3



SPÖ hehnt neue Angriffe aus!



Wahlplakat aus langstvergangenen Zeiten



WIR LASSEN DICH NICHT MIT DEINEM BOSS ALLEIN! Jetzt hast Du den direkten Draht zur VORWÄRTS-Redaktion. Einfach abheben und anrufen.

0222/59 70 432

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Starke Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen,
★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
★ Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Der Endspurt beginnt! Nur mehr knapp 2 Monate, um unser Kampffondsziel von 65 300.000,- zu erreichen. Im Oktober haben wir unser Monatsziel zu 99,7% erreicht. Begonnen hat der Monat gleich mit einer großen Einkommenspende von Heinrich M. in der Höhe von 65 300,-...

KampffondsAktuell

79,53%
9/06
DUROVOTE

Termine

- 16.11.: Das AKÖ-Wien-West diskutiert über "Rassismus in der 3. Welt"
17.11.: Die "Esoterik" wird vom AKÖ-Wien-Nord genauer untersucht.
23.11.: Die SJ 3 startet eine Kampagne zum Thema "Homosexualität".
24.11.: Alles über "Sekten" könnt ihr beim AKÖ-Wien-Ost erfahren.
25.11.: Das AKÖ-Wien-Süd eröffnet seine Diskussionsreihe zum Thema "Widerstand weltweit"

Wo ihr uns treffen könnt: Wien

SJ 3/ Gruppe COMMUNE: jeden Mittwoch 19 Uhr 3. Zentrum Erdberg Lechnerstr.2-4

Sozialistische Jugend 20: jeden 1. Mittwoch im Monat 19 Uhr 20. Allerheiligenplatz 17

AKÖ Wien-Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5, "Röspaner" Reinprechtsdorferstr.6

AKÖ Wien-West: jeden Mittwoch 19 Uhr 15, Goldschlagstr. 26 (im Jugendkeller)

AKÖ Wien-Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20. Allerheiligenplatz 17 Ecke Donaueschingenstr. / Vortegartenstr.

AKÖ Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr 11, Hugogasse 8

AKÖ Wien: Lehrlingsgruppe: jeden Freitag 19 Uhr 7, Siebensterng.31

Niederösterreich

AKÖ Gänserödorf: jeden Montag um 19.00 Uhr in der Schmidvilla

JgF Wiener Neustadt: jeden Dienstag um 18.30 Uhr im Pinguin, Donplatz

Spendet!

Wir haben keine Finanznot! Wir können unsere Arbeit nur bei Verkaufserlösen und Spenden finanzieren. Deshalb rufen wir alle unsere Leser auf zu spenden - am besten mit Dauerauftrag. Danke - denn jeder Schilling zählt! PSK 8812.733

Internationales



Schwedens Arme zahlen drauf

Unmittelbar nach der Wahl erfreut die neue schwedische Regierung die Bevölkerung mit einem umfangreichen Sparpaket. Vorgesehen: Steuererhöhungen und Einsparungen im Sozialbereich. Gekürzt wird unter anderem bei Familien mit Kindern und Pensionisten. Die Pensionen werden nicht mehr wie bisher zu 98%, sondern nur noch zu 59% an den Inflationsakt angeglichen...

ANC-Kämpfer gegen Diskriminierung

Mehr als 5.000 südafrikanische Soldaten sind ihren Ausbildungslagern ferngeblieben. Die Soldaten - ehemalige ANC-Kämpfer - hatten wiederholmalen gegen schlechte Lebensbedingungen und rassistische Diskriminierung protestiert. Die weißen Offiziere, die heute, ebenso wie unter dem Apartheid-Regime, die Ausbildung leiten, diskriminieren nach wie vor die schwarzen Soldaten. Bei einem ähnlichen Fehlbefehl Anfang Oktober hatten der Verteidigungsminister Modise und Nelson Mandela ein Ultimatum an die Soldaten gestellt, zurückzukehren und nach 200 der früheren Quertierern entlassen. Die ANC-Führer haben offensichtlich vergessen, wo sie herkommen. Anstatt die Soldaten in ihrem Protest gegen die missen Lebensbedingungen und die Diskriminierung zu unterstützen, schlagen sie sich auf die Seite der Unterdrückung.

Massenproteste in Belgien

Gegen geplante Kürzungen im Bildungsbereich gehen in fast allen belgischen Großstädten Schüler und Studenten zu Tausenden auf die Straße. Das ORF-Mittagsjournal berichtete über große Sympathie in weißen Teilen der Bevölkerung für die Proteste.

Sklaverei in Brasilien

Die Sklaverei ist tot - es lebe die Sklaverei, freut sich so mancher brasilianische Großgrundbesitzer. Nach Schätzungen sind in den letzten 25 Jahren mindestens 90.000 Menschen von direkter Sklaverei betroffen. Für sie heißt das 16 Stunden Arbeit pro Tag bei misselsten Lebensbedingungen. Glück hat schon, wer überlebt. Hinzu kommen noch etwa 2 Millionen minderjähriger Mädchen, die verschleppt, verkauft und zur Prostitution gezwungen werden. Ein großer Teil der "freien" Brasilianer ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Lebensumstände genauso "versklavt". Rund die Hälfte der Brasilianer - also 75 Millionen Menschen - leben in Armut. Sie müssen ihre Arbeitskraft oder ihren Körper tagtäglich zu niedrigen Löhnen verkaufen, um zu überleben. Die moderne Form der Sklaverei braucht keine Ketten mehr, sie entsetzt aus dem Wirtschaftssystem, das "das beste auf Erden ist" - aber halt nur für ganz wenige.

Deutschland nach den Wahlen

Die Ergebnisse des deutschen Superwahlsonntags brachten die allgemeine Lage in Deutschland zum Ausdruck: Instabilität und Polarisierung. Die Rechtskoalition ist nur mehr mit einer hauchdünnen Mandatsmehrheit ausgestattet.

von Harald Kratochvila, SJ-Wien 20

Die CDU/CSU verlor fast 10% ihrer Sitze, die FDP wurde halbiert und schaffte den Einzug in den Bundestag nur durch massive CDU/CSU-Unterstützung. Die SPD legte knapp drei Prozent zu, die Grünen erlitten 7,3% der Stimmen, die PDS 4,4%. Die Republikaner kamen nirgendwo rein. Noch drastischer waren die Verschiebungen teilweise bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen: Die FDP floh überall raus, die PDS war im Osten mit durchschnittlich 7% Zuwächsen der große Sieger. Drei Jahre sinkender Lebensstandard in Deutschland, nicht eingelöste Versprechungen („blühende Landschaften“, „niemandem wird es schlechter gehen“) haben die Basis der Koalitionsregierung untertragen. Warnstreiks in der Metallindustrie und verschiedenen anderen Bereichen haben den Linksruck eingeleitet. Die Kohleregierung gründete bei Meinungsumfragen im Frühjahr 94 noch bei 42% herum. Daß sie nicht gestürzt wurde, ist in erster Linie der Politik der SPD, des zentralen Punktes (Kürzungen im öffentlichen Dienst, Ausländerpolitik...) arbeitete sie „großkoalitionär“ mit der Regierung zusammen bzw. zog in von ihr verwalteten Regionen ebenfalls die Sparpolitik. Sie stand für keine prinzipiell andere Linie als Kohl und war-

bedeuten. So lehnte die PDS z.B. in einigen Bereichen aktive Mobilisierung gegen Faschisten ab und forderte gleichzeitig ein Anti-Rassismus-Gesetz, dessen Einhaltung von der Polizei überwacht werden soll.



Gysi - der Sieger

„Rotlackierte Faschisten“, „Stasi-Partei“ und ähnliche Angriffe dominierten die Propaganda vor allem von CDU und CSU. Vergessen auf einmal die Kredite, die F.J. Strauß Honecker zukommen ließ. Oder das sich die westdeutsche CDU die Blockpartei Ost-CDU einfach einverleibte und Kohl Li Peng empfing. Von allen ehemaligen Ostparteiorganisationen hat die PDS den wohl gründlichsten Wandel hinter sich: 90% ihrer Mitglieder gingen verloren oder wurden ausgetauscht, von der allmächtigen Staatspartei wurde sie zur kleinsten, gehetzten Oppositionspartei. Nicht die Ex-D-Stasis geben den Ton an, denn die Stasis hat sich schon längst wo anders gerichtet. Die PDS ist mit dreißig Mandaten der große Gewinner dieser Wahlen. Sie wurde gewählt, weil sie im Osten als Alternative zum Kohlkurs gesehen wird. Viele Jung Menschen gehen ihr wegen ihres unkonventionellen Auftretens im Gegensatz zu Politikern anderer Parteien ihre Stimme. So erfreulich das Abschneiden der PDS ist, so klar muß auch betont werden, daß ihr Programm und ihre Forderungen keine wirkliche sozialistische Alternative

Perspektiven

Der schwache Wirtschaftsaufschwung und keine Entlastung und Stabilisierung der Situation in Deutschland bringen. Die angekündigten Angriffe (Lohnsteuererhöhung) werden Gegenwehr und weiter was die Opposition und Polarisierung provozieren. Es wird noch stärkere Zusammenarbeitsgebungen von Seiten der CDU als in der SPD-Führung als in der Vergangenheit geben.

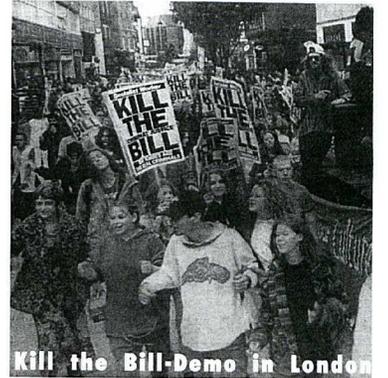
Auch in der SPD gibt es laute Stimmen für eine große Koalition. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, auf verschiedener Ebene Kohl etwas entgegen zu setzen: In einzelnen Bundesländern wo die SPD regiert, oder mit PDS/Grünen die Mehrheit bildet, im Bundestag wo sie über eine 2/3-Mehrheit verfügt. Aber vor allem in den Betrieben und auf der Straße. „Linksfront aber richtig“ lautet die Slogan der deutschen sozialistischen Organisation SAV. Gemeint ist damit ein sozialistischer Kurswechsel, ein offensiver Kampf von unten durch SPD und PDS, der Schluß macht mit Sozialabbau. Kohl muß weg! Und zwar nicht erst 1998!

Großbritannien: Proteste gegen Gesetz

Vor kurzem wurde in Großbritannien ein „Criminal Justice Bill“ beschlossen. Dieses Gesetz bedeutet eine Einschränkung der demokratischen Rechte, da es die Versammlungsfreiheit einschränkt, Aussageverweigerung bei Polizeiverhören abschafft...

von Hannah Sell, Militant Labour London

Zwei Demonstrationen, an denen jeweils 50.000 Leute teilnahmen zeigen die massive Gegenwehr gegen dieses Gesetz. Die Gewaltanschreitungen der Polizei bei der zweiten Demonstration zeigen deutlich, daß die Polizei sicher nicht noch mehr Befugnisse braucht. Leider konnte die gewaltige Opposition, die auf den Straßen zu sehen war, nicht in parlamentarische Opposition umgewandelt werden. Die Labour-Party enthielt sich größtenteils, nur 45 ihrer Abgeordneten stimmten gegen das Gesetz. Wie schon bei der "Poll tax", wurden die Massenproteste ignoriert. Nach Einführungen der "Poll tax" wurden Millionen von Leuten in einer Zahlungsverweigerungskampagne organisiert, um die Versammlungsfreiheit und das Recht zu demonstrieren. Die Erklämpfung des Rechtes auf Protestveranstaltungen und Demonstrationen war ein historischer Punkt der Arbeiterbewegung und das neue Gesetz wird vor allem gegen sie verwendet werden. Gewerkschafter, die in einem



Kill the Bill-Demo in London

Arbeitskampf Streikposten sind, geraten jetzt in Konflikt mit dem demokratischen Erregungsausschuss. Doch auch schon beim Times-Strike kam es zu Verhaftungen. Gerade deshalb sollten die Gewerkschaften an vorderster Front gegen dieses Gesetz kämpfen. Denn, jedes Mal, wenn eine Gewerkschaft eine erfolgreiche Aktion macht, wird sie gegen das Gesetz verstoßen. Die Kampagne gegen dieses Gesetz hat bereits begonnen. Letzten Samstag bei einer illegalen Demonstration in Glasgow. Militant Labour rufft dazu auf, ein landesweites Netzwerk gegen dieses Gesetz aufzubauen, damit Informationen schnell ausgetauscht werden können und Widerstand unterstützt werden kann. Denn nur durch Massenmobilisierung ist dieses Gesetz zu bekämpfen!

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Der bewegte Mann Liebt Euch, wie ihr wollt



Gibt dieser Film einen Einblick in das Schwulensein oder ist es nur ein herkömmlicher Beziehungsklamauk? „Der bewegte Mann“ bewegt die Gemüter vieler kritischer Kinobesucher.

von Claudia Sorger, SJ Wien-Landstra

Als Vorlage für den Film dienten die Comic-Bücher „Der bewegte Mann“ und „Pretty Baby“ von Ralf König. Ralf König beschreibt in den beiden Comics die Schwulenszene in Verwicklung mit einer Beziehung von „Heteros“. Axel, der von seiner Freundin verlassen und aus der Wohnung geschmissen wurde, lernt bei einer Männergruppe den schwulen Walter kennen, der in Axel einen latenten Homosexuellen erblickt. Doch Axel sucht nur eine Beibe und landet bei Norbert, der sich in ihn verliebt. In den Comics werden viele Tabuthemen wie Selbstbefriedigung und gleichgeschlechtliche Liebe behandelt. Der Film weist diesen Themen gezielt aus und konzentriert sich

auf die Beziehung zwischen Axel und Doro; homosexuellen Geschlechtsverkehr gibt es nicht einmal durchs Schlüsselloch. Um dem Zuschauer genügend „normale“ Sexszenen zu bieten, wird gleich am Anfang des Films ein Seitenstreifen von Axel am Klo dazu gefunden. Für Lacher sorgt Armin Rohde, der als Metzger den schwulen Ledertypen markiert und sich später als Heterosexueller entpuppt. Mit Horrorvorwürfen und Verachtung für Visconti bringt er Norbert und dessen Homofreunde auf die Palme.

Obwohl Schwulenscomics als Vorlage verwendet wurden, wagt sich der Regisseur Sonke Wortmann an die heißen Szenen bedauerlicherweise nicht heran. Die Schwulenszene wird in Bezug auf Tuentegehänge ziemlich klischeehaft dargestellt und im Gegensatz zu den Comics ohne selbstironische Betrachtungsweise. Vielleicht werden sich einige Zuschauer mit diesem Film mütterlich mit der Schwulenszene befassen, an Kullfilme wie „Taxi zum Klo“ kann er sicher nicht anknüpfen.

Die Beziehung zwischen Frau und Mann, also die vorherrschende Form von Zusammenleben in unserer Gesellschaft, ist das, was „schon immer“ als normal galt bzw. gilt. „Na, eh klar, ist ja auch das einzige, wo Kinder entstehen können.“

Doch diese Auffassung gab es nicht immer (und sie muß auch nicht immer gültig sein). In den Anfängen menschlichen Lebens war die Monogamie zwischen Mann und Frau nicht das NORMALE. Das einzige, was man wußte, war, daß Frauen Kinder bekommen (was Männer natürlich nicht konnten) und sie deswegen eine privilegierte Stellung einnahmen. Im Laufe der Zeit aber wurde die Mann-Frau-Beziehung zur allgemeingültigen und einzigen Lebensgemeinschaft erklärt; und das aus einem guten Grund! Systeme, die auf Ausbeutung beruhen (Mittelalter wie heute), brauchen die Aufspaltung der Menschen in verschiedene Gruppen. Man braucht ein „schwaches Geschlecht“, das am Herd steht, das man, wenn man Arbeitskraft braucht, billig holen kann, um es dann in wirt-

schaflich schlechten Zeiten wieder in die Küche zurückziehen zu können. Gleichberechtigt und/oder „von der Norm abweichende“ Partnerschaften kann unsere Gesellschaft nicht brauchen! Schwule und lesbische Liebe hat für „unser“ Gesellschaft keinen Nutzen. Und deshalb wird sie von den Institutionen, ob Staat, Kirche,... bekämpft und diskriminiert. Durch Gesetze, Verbote und gesellschaftliche Achtung. Doch eigentlich ist es ein elementares Menschenrecht, so leben und lieben zu können, wie man will. Und dieses Recht auf persönliche Selbstbestimmung jedes einzelnen muß gegen alle herrschenden Kräfte, die an einem empanzelten Menschen kein Interesse haben, durchgesetzt werden! von Katja Arthofer, AKÖ-Wien-Ost. VORWÄRTS fordert: Keine Diskriminierung von Lesben und Schwulen! Volle rechtliche Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Lebensgemeinschaften!



Nach FPÖ-Angriffen auf das AKÖ:

Antifaschist erhielt Morddrohungen

Mehr als 4000 Antifaschisten gingen am 22. Oktober gegen das rechtsradikale Burschenschaftler-treffen auf die Straße. Über 1000 Sicherheitsorgane sorgten dafür, daß die braunen Recken ihre Phrasen verbreiten konnten. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung: FPÖ-Abgeordneter Walter Meischberger, der in seiner Rede auf das Antifaschistische Komitee Österreichs (AKÖ) eindrosch. Einen Tag später erhielt Manfred Wiesner, Mitglied des Koordinationsrats des AKÖ telefonische Morddrohungen...



Innsbrucks Polizisten beschützten die Faschisten

von einem
Aktivisten des AKÖs

„Europa im Umbruck - und wo bleibt Südtirol!“ nannte sich der von rechtsextremistischen Burschenschaften veranstaltete „Gesamttiroler Freiheitstreffen“. Er hätte das größte Neonazitreffen des Jahres '94 werden sollen, um die Rechten besser zu vernetzen und Stärke zu demonstrieren. Als antifaschistische Gruppen im Juni davon Wind bekamen, begannen wir sofort mit der Gegenmobilisierung. Auch das Antifaschistische Komitee Österreich (AKÖ) war aktiv und organisierte einen eigenen Wiener Bus, sowie Fahrtplätze für die Bundesländergruppen. Unser Ziel war das Nazitreffen zu verhindern und den Rechten keine Möglichkeit zur Propaganda überlassen. Daraufhin mußten sie im Zuge unserer Kampagne wesentliche Programmpunkte fallen lassen, so ihren Aufmarsch durch Innsbruck und die geplante „Gedenkmesse für alle, die für die Freiheit und Einheit Tirols starben“. Außerdem konnten wir vielen Menschen klarmachen, wer sich hinter den Burschenschaften verbirgt und welche Ziele sie verfolgen: Rassismus und Militarismus. Zum Schluß konnte die braune Brut nur noch ihren Kongreß abhalten, zu dem weniger als 30% der erwarteten Teilnehmer erschienen.

Was den Rechtsextremen nicht gelang, nämlich uns Antifaschisten zu diskreditieren und einzuschüchtern, versuchte dafür die Polizei: In einer beispiellosen Medienhetze warnten sie vor „linksradikalen Ausschreitungen“ und ließ die Innsbrucker Bevölkerung „zu Hause zu bleiben und die Innenstadt zu meiden“. Polizeiliche Eliteneinheiten, die WEGA, Salzburger MEK und die Antiterror-einheit COBRA ließen uns spüren, wo dieser Staat den Feind wirklich sieht: Nicht jene, aus deren Reihen sich neofaschistische Bombenleger rekrutierten, wurden durchsucht und abgegriffen, sondern die die gegen die ideologischen Ziehväter des rechtsextremen Terrors demonstrieren. Und als sie in der ZIB1 das so groß hinausposaunte Waffenarsenal der Linken zeigten, waren es zwei Taschenmesser und Schienbeinschützer. Die kolportierte Handgranate war eben nur eine Zeitungssente ... Auf der Abschlußkundgebung sagte die Demoleitung die Protestversammlung abends vor dem Kongreßhaus ab, da die Polizei nur einen 4m breiten Ein/u. Ausgang zuließ und Provokationen vorrauszusehen waren. Diese wie auch andere Entscheidungen der Demoleitung wurden aber nicht mit anderen abgesprochen,

selbst die Demoleitung wurde nicht gewählt. Das bildete den einzigen Wermutstropfen der Gegenmobilisierung. Mit einem gut organisierten Ordnungsdienst wäre die Abhaltung dieser Kundgebung sicher möglich gewesen. Insgesamt war es aber gelungen, den Rechten die Straße zu nehmen und ihnen ihren Kommers kräftig zu versauen. Auch wurde auf die Provokationen der Polizei nicht reagiert und ihre so herbeigesehten Krawalle blieben aus.

FPÖ-Rede und Morddrohungen

Offensichtlich erbot über den Erfolg der Demonstration griff (Noch-FPÖ-Generalsekretär) Walter Meischberger das Antifaschistische Komitee (AKÖ) stellvertretend für die gesamte Antifa-Bewegung an. Er bezog sich auf den von Unwahrheiten gespickten profil-Artikel über das Anti-Nazi-Camp: „Wenn sogar das linkslinke profil das Antifa-Komitee als Chaoten und Spinner bezeichnet, kann man sich vorstellen, wer draußen wirklich gegen uns demonstriert“.

Am nächsten Tag erhielt Manfred Wiesner, Mitglied des Koordinationsrats des AKÖ und Vorwärtsunter-

stützer, drei Drohanrufe von Rechtsradikalen. „Linke Sau, wir kriegen Dich!“ und „Wir haben dich in Innsbruck gesehen. Du bist tot, du bist tot.“ fand er Sonntag, 20 Stunden nach der Demonstration auf seinem Anrufbeantworter vor. „Das erschreckende daran ist, daß ich erst vor 6 Wochen in die neue Wohnung eingezogen bin und seit 4 Wochen ein Telefon habe. Damit scheint ich auch in keinem Telefonbuch auf. Weil es in Wien noch drei andere Personen mit gleichem Namen gibt, müssen die Faschisten sehr gute Kontakte und Informanten haben, um meine Telefonnummer herauszufinden.“, so der Betroffene. Faktum ist, daß er zwei Infotische sowie die Kundgebung gegen den REJ-Kongreß anmeldete und auch einige Artikel im Vorwärts schrieb - also verstärkt in der Öffentlichkeit gegen die FPÖ in Erscheinung trat. Faktum ist auch, daß das AKÖ 1994 massiven Angriffen von Seiten der FPÖ ausgesetzt war (Vorwärts berichtete). Erst im Oktober wurde in einer bundesweiten Aussendung jungen Blaubraunen das AKÖ als un-demokratisch bezeichnet und unser Aufkleber „Kampf der FPÖ“ abgebildet, und auf der Abschlußkundgebung der FPÖ am Neuen Markt droh-

te ein mutmaßlicher REJ'ler an „euch ins KZ zu schicken!“: „Wir werden uns auf jeden Fall von dem braunen Gesocks nicht einschüchtern lassen und in die Offensive gehen. Innsbruck hat gezeigt, daß wir den Faschisten kein Fußbreit überlassen brauchen und wir stark genug sind, sie zurückzudrängen. Werdet aktiv und kommt in eine unserer Gruppen!“

Hools prügeln AKÖ'ler

Samstag 23.30, Wien-Schwedenplatz, ein Aktivist des AKÖs ist mit einigen Freunden auf dem Weg zum Würstelstand. Plötzlich hält ein Schrei durch die Halle: „He, Antifas!“ Ca. 10 Rapidhooligans stürmen auf die Gruppe zu, dann geht alles schnell: Ein Holzprügel kracht in das Gesicht des AKÖ-Aktivisten. Nach kurzen Kampf liegt der 18-jährige Bursch mit einem schweren Nasenbeinbruch, mehreren Blutergüssen und Prellungen am Boden. Die eindeutig rechtsextremen Täter wurden von der Polizei geschonnt, da sie später auch einen Polizisten attackierten. Das AKÖ wird den Kampf gegen die Rechten fortführen, damit so etwas nicht mehr vorkommt.

Mach mit beim Kampf gegen Rechts: Infos AKÖ, PF 8, 1061 Wien